

Gemeinsame Presseerklärung

Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der gesetzlichen Krankenkassen

AOK-Bundesverband, Bonn
Bundesverband der Betriebskrankenkassen, Essen
IKK-Bundesverband, Bergisch Gladbach
Bundesknappschaft, Bochum
See-Krankenkasse, Hamburg
Bundesverband der landwirtschaftlichen Krankenkassen, Kassel
Verband der Angestellten-Krankenkassen e. V., Siegburg
AEV - Arbeiter-Ersatzkassen-Verband e. V., Siegburg

07.05.2002

Arzneimittelausgaben weiter auf Expansionskurs Zielvereinbarungen ohne Steuerungsimpulse

Siegburg - Die Arzneimittelausgaben zu Lasten der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) steigen ungeachtet der gesetzlichen Sparmaßnahmen weiter. Nach ersten Berechnungen beträgt der Anstieg in den ersten drei Monaten dieses Jahres bundesweit rund vier Prozent im Vergleich zum Vorjahr, erklären die Spitzenverbände der gesetzlichen Krankenkassen. Darüber könnten auch die scheinbar positiven Ergebnisse der Frühinformationen der Apotheker für den Monat März 2002 nicht hinweg täuschen. Von einer Trendwende bei den Arzneimittelausgaben, von der die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) spricht, könne keine Rede sein.

Den vermeintlich moderaten Ausgabenanstieg bei Arzneimitteln im Monat März (plus 0,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahr) werten die Kassenärzte als erfolgreiche Steuerung der Arzneiverordnungen. Die Krankenkassen warnen vor diesem folgenschweren Irrtum. Dabei werde einerseits der hohe Sockel des Vorjahres außer acht gelassen. Andererseits hätten die gesetzlichen Maßnahmen wie die Anpassung der Festbeträge (minus 1,3 Prozent) und die Anhebung des Apothekenrabatts (minus 0,9 Prozent) sowie die aut-idem-Regelung nach dem Arzneimittelausgaben-Begrenzungsgesetz ohne jedes Zutun der Ärzte einen Ausgabenrückgang von rund zwei bis drei Prozent erwarten lassen. Nun von einem moderaten Anstieg bei den Arzneimittelausgaben zu sprechen, wie dies die Ärzte tun, sei falsch.

Die Entwicklung der Apothekenumsätze (Januar plus 5,5 Prozent, Februar plus 6,6 Prozent) zeigt nach Ansicht der GKV-Spitzenverbände, dass die von der KBV behauptete Änderung des Verordnungsverhaltens noch immer aussteht. Die Vertragsärzte hatten nach der Abschaffung der Arzneimittelbudgets auf der Basis des Arzneimittelbudget-Ablösungsgesetz (ABAG) im Januar 2002 vertraglich zugesichert, die Wirtschaftlichkeitsreserven bei Generika, Analogpräparaten, kontrovers diskutierten Arzneimittelgruppen und reimportierten Arzneimitteln konsequent zu nutzen und die Ausgaben für das laufende Jahr um rund eine Milliarde Euro (minus fünf Prozent) zu reduzieren. Gehalten hätten die Ärzte diese Versprechungen nicht.

Die durchschnittliche Steigerung von vier Prozent im ersten Quartal 2002 führt zu einer Überschreitung der vereinbarten Ausgabengrenzen um bereits eine halbe Milliarde Euro. Die Krankenkassen fordern daher die Vertragsärzte auf, ihre Zusage an die Politik, die Ausgabensteuerung selbst in die Hand zu nehmen, endlich einzulösen. Auch die Bundesgesundheitsministerin sollte die Ärzte daran erinnern, ihre Versprechungen einzuhalten.

Federführend für die Veröffentlichung:
Bundesverband der Betriebskrankenkassen,
Ebertstr. 24/Pariser Platz 6a, 10117 Berlin
Ansprechpartnerin: Gerda Uhlmann-Strack
Telefon (030) 22 312-0
Telefax: (030) 22 312-129

zurück